Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 1 (1921-1922)
Heft: 7

Artikel: Zu den Voraussetzungen der Freigeldtheorie
Autor: Grimm, Robert
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-328174

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rote Revue

Sozialistische Monatsschrift

7. HEFT MÄRZ 1922 I. JAHRG.

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Zu den Voraussetzungen der Freigeldtheorie.

Von Robert Grimm.

Die Propagandisten der Freigeldlehre verfügen über eine recht umfangreiche Literatur. Von der Freigeldfibel angefangen bis zu ihrem Hauptwerk: „Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld" von Silvio Gesell. Der Verfasser des Hauptwerkes ist zugleich Begründer der Lehre, wird aber an Wissenschaftlichkeit und Systematik übertroffen durch den ehemaligen Berner Dozenten Dr. Th. Christen.

Ohne überflüssiges Beiwerk, streng logisch und sachlich, gibt der seither verstorbene Dr. Christen in einer Broschüre „Was der Arbeiter vom Geld wissen muß" die Substanz der Freigeldtheorie. Die kleine Arbeit erleichtert die Orientierung ungemein und ermöglicht die selbständige Beurteilung der mit einem großen Kapitalaufwand in die Welt gesetzten Lehre viel besser als das mit reichem Wortschwall durchzogene Hauptwerk Gesells. Ich werde mich deshalb an die scharfe und knappe Darstellung, wie sie Dr. Christen von der Freigeldlehre gibt, halten und zunächst einen Ueberblick der Theorie folgen lassen.

I.

Das Geldwesen ist der kräftigste Hebel, mit dem man die Volkswirtschaft entweder ins kapitalistische oder ins sozialistische Fahrwasser leiten kann. Die kapitalistische Regierung ist schlecht, die sozialistische Regierung ist gut, also wird unter der Herrschaft einer kapitalistischen Regierung das Geld die Welt schlecht, unter der Herrschaft einer sozialistischen Regierung gut regieren.

Als erstes Uebel bezeichnet Christen die „Konjunkturen". Steigende Konjunktur bedeutet allgemeines Steigen

der Preise. Auch der Arbeitslohn steigt; in manchen Arbeitsgebieten steigt der Lohn beträchtlicher als die Warenpreise, in anderen wiederum bleibt die Lohnkurve hinter der Teuerungskurve zurück. Fallende Konjunktur bedeutet allgemeines Sinken der Preise. Der Arbeitslohn sinkt in der Regel stärker als die Warenpreise, der Arbeiter hat also vom Billigerwerden der Bedarfsartikel keinen Nutzen. Bei steigender Konjunktur sind im allgemeinen die Streiks erfolgreich, bei fallender Konjunktur ist kein Streik erfolgreich, denn es entsteht das Heer der Arbeitslosen und damit der Lohndruck.

„Für den Arbeiter ist demnach die steigende Konjunktur günstiger als die fallende. Noch günstiger allerdings wäre eine vollständige Ausschaltung der Konjunkturen. Dann würde der Arbeiter weder unter der ständigen Teuerung leiden, noch unter dem lohndrückenden Wettbewerb der Arbeitslosen."

Woher kommen die Preisschwankungen? Christen antwortet: Vermehrung des umlaufenden Geldes und die Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes führen eine allgemeine Preissteigerung herbei. Verminderung des umlaufenden Geldes und Herabsetzung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes senken die Preise. Begründung! „Wenn mehr Geld unter das Volk kommt, so wird mehr gekauft, die Konsumenten kaufen einander die Ware vor der Nase weg und der Verkäufer fordert und erhält auch einen entsprechend höhern Preis. Außerdem hat jeder das Bestreben, rasch einzukaufen, um nicht später noch höhere Preise zahlen zu müssen. Daher nimmt gleichzeitig die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zu. Je rascher aber die Waren vom Markt weggekauft werden, um so weiter bleibt das Angebot hinter der Nachfrage zurück und die Preise steigen erst recht."

„Wenn im Gegenteil weniger Geld ins Volk kommt, dann wird weniger gekauft, die unverkauften Waren häufen sich und der Verkäufer gibt sie lieber billiger ab, als daß er sie auf Lager behält oder gar verderben läßt. Die Käufer aber halten nun gerade mit den Käufen zurück, weil sie damit rechnen, bei weiterem Sinken der Preise später noch billiger kaufen zu können. Daher nimmt gleichzeitig auch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ab. Je langsamer aber die Waren vom Markt weggekauft werden, um so mehr überwiegt das Angebot gegenüber der Nachfrage und die Preise sinken erst recht."

Nun haben die kriegführenden und neutralen Staaten ihr Papiergeld vermehrt. Es steigen also die Preise. Wird der Papiergeldumlauf weiter vermehrt, so werden die Preise noch weiter steigen.

Wie steht es mit dem Verhältnis Preis und Löhne? Der gleiche Lohn, bei niederen Preisen auskömmlich,

kann bei hohen Preisen ungenügend werden. Nicht der Geldlohn ist für den Arbeiter das Entscheidende; auf den Sachlohn kommt es an. Man muß also aus dem Geldlohn den Sachlohn berechnen können, d. h. „man muß die Kaufkraft des Geldes kennen". Die Höhe des Arbeitsertrages richtet sich nicht nur nach dem Geldlohn, sondern ebensosehr nach der Kaufkraft des Geldes, bezw. nach dem Durchschnittspreis der wichtigsten Lebensmittel. Zwar steigt der Sachlohn, wenn der Geldlohn steigt, „aber nur dann, wenn die Preise nicht stärker steigen als die Löhne".

Weil Geldlohn und Sachlohn nicht identisch sind, wird der Arbeiter betrogen. Die Lohnverträge werden in Franken abgeschlossen. Steigen die Preise, d. h. nimmt die Kaufkraft des Geldes ab, so kommt der Arbeiter um die Frucht seiner Arbeit. Zwar ist der Lohnvertrag erfüllt, dem Sinne nach ist er gefälscht. Aehnlich ergeht es dem Sparer. Zwar erhält er für die im Jahre 1890 eingezahlten Franken die gleiche Summe Franken des Jahres 1920 zurück, aber mit den Franken des Jahres 1890 konnte er dreimal soviel kaufen, wie mit den Franken des Jahres 1920. Nicht anders steht es mit den Versicherungsverträgen. Im Moment ihres Abschlusses mag die festgesetzte Versicherungssumme zureichend sein, im Moment der Fälligkeit der Verträge, nachdem alle Preise gestiegen sind, reicht die Summe nicht mehr aus. „So werden alle redlich Arbeitenden jahraus jahrein um ihren wohlverdienten Arbeitsertrag betrogen, trotzdem alle Verträge äußerlich tadellos erfüllt sind."

Christen kehrt hierauf wieder zu den „Konjunkturen" zurück. Sie sind entstanden durch die Goldwährung. In den Ländern mit Goldwährung war der Preis des Goldes fest. „Die Preisfestigung wurde dadurch erreicht, daß die Banken, die das Recht hatten, Papiergeld auszugeben (die sogenannten Emissionsbanken, bei uns die Nationalbank) verpflichtet waren, Gold in unbegrenzter Menge zu diesem festen Preise zu kaufen und zu verkaufen, und zwar gegen ihr selbstverfertigtes Papiergeld. Außerdem hatten diese Banken das Recht, über den Goldankauf hinaus noch eine bestimmte Menge Papiergeld auszugeben." In der Schweiz durfte 2½ mal mehr Papiergeld als Gold im Keller der Nationalbank liegen. Nun vermehrte sich der Goldschatz der Banken jedesmal, wenn neue Goldfundstätten ausgebeutet wurden und vermehrte Goldsendungen in die Welt hinaus gingen. Die Banken gaben entsprechend mehr Papiergeld aus, infolge des vermehrten Geldumlaufes stiegen die Preise. Bricht eine Panik aus, so legt sich der eine und andere einen kleinen oder größeren Geldvorrat an, holt sein Geld von der Bank, vermindert dadurch den Geldvorrat der Bank, d. h. die

Golddeckung der Banknoten und zwingt dadurch die Bank, einen Teil ihrer Noten einzuziehen. „Die Banken mußten also gerade in dem Augenblick, da die allgemeine Unsicherheit alle Unternehmen in Bedrängnis brachte, den Kredit an die Unternehmer beschränken und dadurch deren schwierige Lage noch verschärfen." Die Unternehmer mußten ihre Produkte billig absetzen, um sich Geld zu verschaffen; der infolge des verminderten Geldumlaufes erzeugte Preisfall wurde erst recht beschleunigt.

„Die Goldwährung bringt es also unvermeidlich mit sich, daß das Wirtschaftsleben durch das ewige Auf und Ab der Konjunkturen gestört wird, wobei während der allgemeinen Preissteigerungen die Lohnerhöhungen oft genug hinter den Preiserhöhungen zurückbleiben und unaufhörlich Lohnkämpfe nötig sind, während bei sinkenden Preisen die Löhne in vielen Arbeitszweigen stärker sinken als die Preise. Die Goldwährung ist also für alle Arbeitenden eine schlechte Währung."

II.

Stellen wir nun der negativen Seite der Freigeldtheorie ihre positive Seite gegenüber. Dieses Verfahren wird nachher die kritische Auseinandersetzung, die Kritik der Kritik erleichtern, obschon die bisher gegebenen Elemente der neuen Heilslehre Angriffsflächen genug bieten.

Dr. Th. Christen erklärt, daß wir in der Schweiz glücklicherweise keine Goldwährung mehr haben. „Wir haben heute gar keine Währung, sondern eine vollständige Anarchie in unserem Geldwesen." Die 1914 aufgehobene Goldwährung wurde durch keine andere ersetzt. Das war schlecht. Man hätte die „absolute Währung" oder die „feste Warenwährung" einführen sollen. Ihr Grundgedanke ist folgender:

Durch Vermehrung des umlaufenden Goldes kann man den allgemeinen Preisstand erhöhen; durch Verminderung des umlaufenden Geldes kann man den allgemeinen Preisstand erniedrigen. „Also kann man natürlich auch den allgemeinen Preisstand auf fester Höhe halten, indem man stets genau so viel Geld umlaufen läßt, daß der Durchschnittspreis der Lebensmittel weder steigt noch sinkt. Auferlegen wir der Nationalbank die Verpflichtung, ihren Banknotenumlauf in dieser Weise zu regeln, dann haben wir die absolute Währung."

Drei Vorteile ergeben sich aus der absoluten Währung:

1. Einer Erhöhung des Geldlohnes entspricht auch stets eine gleiche Erhöhung des Sachlohnes.

2. Vereinfachung von Produktion und Handel.
3. Senkung des Zinsfußes.

Da der Durchschnittspreis der Lebensmittel weder steigt noch fällt, bleibt die Kaufkraft des Geldes stets gleich. Geld- und Sachlohn sind identisch geworden. Erringt sich der Arbeiter ein größeres Lohneinkommen, so verfügt er unter der Herrschaft der absoluten Währung über eine größere Kaufkraft.

Da unter der absoluten Währung der Preisstand unverändert bleibt, weiß der Unternehmer, zu welchen Preisen er seine Produkte absetzen kann. „Er kann also mit den Löhnen bis nahe an die Rentabilitätsgrenze hinaufgehen. Mit anderen Worten: Die absolute Währung ermöglicht Lohnerhöhungen." Mehr noch. Da die Berechnung der Rentabilität leichter und sicherer ist, werden sich um so mehr Unternehmer an die Vergrößerung ihrer Betriebe oder an Neugründungen von Betrieben heranwagen. „Die Folge davon ist eine vermehrte Nachfrage nach Arbeitskräften und somit ein Steigen der Löhne. D. h. die absolute Währung ermöglicht nicht nur, sondern erzwingt ein Steigen der Löhne."

Auch der Handel wird vereinfacht. „Die Sicherheit und Leichtigkeit der Preisberechnung wird es mit sich bringen, daß schon mittelmäßige Köpfe mit Erfolg Handel treiben können." Der aus dem Handel erhältliche Arbeitslohn wird sinken, die guten Köpfe werden sich der Produktion zuwenden. Weil viel einfacher, wird der Handel von viel weniger Personen bewältigt werden. Die Nachfrage nach Kaufleuten fällt, der Nachwuchs zieht es vor, zur Produktion überzugehen. „Es nimmt also zu sowohl die Qualität wie die Quantität der produktiven Arbeiter (Handarbeiter und Kopfarbeiter). Beides führt zu einer Vermehrung des Arbeitsproduktes, also des Sachlohnes. Denn dafür, daß dieses vermehrte Arbeitsprodukt den Arbeitern und nicht den Rentnern (Kapitalisten und Grundrentnern) zufällt, sorgt ebenfalls die absolute Währung."

Wie wird dafür gesorgt? Durch die Senkung des Zinsfußes. Die soeben, den Ausführungen des Dr. Christen folgend, beschriebenen Wirkungen der absoluten Währung regen die Produktion mächtig an und vermehren die Menge der Arbeitsprodukte entsprechend. Mit den steigenden Löhnen können die Arbeiter mehr Gebrauchsgüter kaufen. „Die Produktion stellt aber nicht nur Gebrauchsgüter her, sondern auch Spargüter: Häuser, Arbeitsgeräte, Maschinen, Schiffe usw. Je mehr aber Spargüter entstehen, um so tiefer sinkt der aus diesen Dingen

erhältliche Zins. Am deutlichsten sieht man dies bei Häusern. Je mehr Häuser, um so tiefer die Mieten. Bringen die Mieten die übliche Verzinsung des Anlagekapitals nicht auf, so wird nicht mehr gebaut. Die Baukrise tritt ein. Nicht nur die Meister und Unternehmer werden geschädigt, auch die Bauhandwerker, denn sie werden arbeitslos. Die Arbeitslosen können nicht mehr kaufen, was sie bisher mit ihrem Lohn erworben haben; die Nachfrage nach Gebrauchsgütern sinkt, es fallen deren Preise.

Hier springt nun wieder — immer mehr nach der Theorie der Freigeldler — die Nationalbank ein. Sie darf unter der Herrschaft der absoluten Währung einen Preisfall unter keinen Umständen dulden. Sie muß also den Notenumlauf vermehren. „Wenn die Häuser nicht mehr 4 %, sondern nur noch 3½ % abwerfen und die Kapitalisten euch (Baumeistern) deshalb kein Geld mehr geben wollen, dann gebe ich, die Nationalbank, euch das Geld zu 3½ %. Und wenn die Rendite der Häuser und übrigen Realkapitalien auf 3 % sinkt, nun gut, dann gibt eben die Nationalbank ihr Leihgeld zu 3 %." Da alle Kreditbedürftigen natürlich zu der Bank mit dem niedrigsten Leihzins gehen, also zu der Nationalbank, hat diese „alle anderen Banken am Schnürchen und sie müssen ihr artig parieren".

Da einstweilen weder die Nationalbank noch die anderen Banken am Schnürchen dieser schönen Theorie laufen, verfolgen wir die Lehre in ihrem Zusammenhang von Zinsfuß und Lohn weiter. „Bei steigender Konjunktur steigen die Löhne, es steigt aber auch der Zinsfuß für Leihgeld. Bei fallender Konjunktur fallen die Löhne, es fällt aber auch der Zinsfuß für Leihgeld." Ein niedriger Zinsfuß ist aber unnütz, wenn gleichzeitig eine geschäftliche Stockung eintritt. Da ist es unter der Herrschaft der absoluten Währung ganz anders. Sie verbürgt die Festigkeit des allgemeinen Preisstandes; es können also auch keine Absatzstockungen infolge von allgemeinem Preisfall mehr vorkommen. Die Reduktion des Zinsfußes ist nicht mehr die Folge fallender Konjunktur. Der Zinsfuß sinkt, ohne gleichzeitiges Sinken der Preise. Eine Menge neuer Unternehmungen kann ins Leben treten, die bei hohem Zinsfuß unmöglich sind: Bau von Häusern, Fabriken, Kommunikationsmitteln, Konstruktion von Arbeitsmaschinen, Durchführung von Bodenverbesserungen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt abermals, nachdem sie schon nach Einführung der festen Währung gestiegen ist und es erhöhen sich die Löhne beträchtlich.

„Was der Zins, das arbeitslose Einkommen, nicht mehr vorwegnimmt, kommt dem Lohn, dem erarbeiteten Einkommen zugut. Mit der Senkung des Zinsfußes ist der wichtigste Bestandteil des Mehrwertes beseitigt."

Um die Geschlossenheit der bisher nach Christen dargestellten Theorie nicht zu stören, übergehe ich den Abschnitt „Internationale Beziehungen" und gehe über zum Hilfsmittel der absoluten Währung, zum „Freigeld". Seine Aufgabe ist es, den Umlaufzwang zu fördern. „Das Freigeld besteht aus Banknoten, die jede Woche einmal mit einer Stempelmarke beklebt werden müssen. Dazu sind auf der Rückseite 52 Felder mit Datum aufgedruckt. Selbstverständlich kosten die Stempelmarken Geld, und wenn jemand viel Geld liegen läßt und wenn er es lange liegen läßt, dann kosten die Stempelmarken viel Geld " Wer das Geld rasch weiter gibt, hat geringere Ausgaben für Stempelmarken. Jedermann sucht dieses Ziel zu erreichen Der Umlaufzwang wächst automatisch. „Wer Freigeld einnimmt, wird es also möglichst rasch wieder ausgeben. Das ist auf drei Arten möglich:

1. Durch Kauf von Arbeitsprodukten,
2. durch Zahlung von Löhnen und
3. durch Ausleihen.

Macht der Geldbesitzer von den beiden ersten Möglichkeiten Gebrauch, so beschleunigt er den Absatz und fördert die Produktion. Ist aber sein Bedarf an Arbeitsprodukten und Arbeitsdiensten gedeckt, so muß er sein Geld ausleihen, z. B. indem er es zur Bank trägt. Dann hat er den Verlust für die Stempelmarken auf die Bank abgewälzt. Die Bank will aber diesen Verlust auch nicht tragen. Sie wird also Mittel und Wege suchen, das Geld ihrerseits auszuleihen. Dies kann sie nur so, daß sie es ihren Schuldnern zu einem erniedrigten Zinsfuß anbietet."

Durch dieses System hört der Streik des Kapitals auf. Das Freigeld ist nicht wertbeständig, wenn man nicht jede Woche eine neue Stempelmarke aufklebt. Der Kapitalstreik kostet also den Kapitalisten schweres Geld. Wollen sie gleichwohl weiter streiken, so erhöht man den Preis der Stempelmarken. Auch wenn der Zinsfuß gegen Null sinkt, müssen die Kapitalisten das Geld ausleihen, um nicht den Verlust der Stempelgebühr zu tragen. „Denn 0 % Zins ist doch immerhin besser als 5 % Verlust für Stempelmarken."

„Es ist aus mit dem Streik des Kapitals,
Es ist aus mit dem Kapitalismus."

III.

Aus ist es auch mit der Darstellung der Freigeldlehre. Der Leser wird aufatmen, zumal gegen den Schluß die Konstruktion des Lehrgebäudes immer kühner wird und bis in den blauen Dunst der Utopie hinaufreicht. Ich mußte indes der Darstellung

eines der scharfsinnigsten Theoretiker des Freigeldes bis zu dem Punkte folgen, wo er auf das Gebiet der Grundrente übergeht, um wenigstens in großen Zügen ein klares Bild der mit viel Sinn für Reklame angepriesenen Theorie zu geben.

Und nun der kritischen Würdigung freien Raum!

Zunächst eine Feststellung. Vorausgesetzt, die Freigeldlehre wäre hieb- und stichfest, so würde es sich bei ihrer Verwirklichung um eine Machtfrage handeln. Und zwar um eine politische Machtfrage.

Im Zentralpunkt der Freigeldtheorie steht die Währungsfrage. „Die Goldwährung ist dahin, wir haben heute gar keine Währung." Die „absolute Währung" muß eingeführt werden. „Es ist dazu gar nicht nötig, alle Banken zu verstaatlichen. Es genügt, wenn die Nationalbank nach dem Grundsatz der absoluten Währung ihren Zinsfuß festsetzt."

Die Nationalbank tut das heute nicht. Sie untersteht einerseits den im Verwaltungsrat der Bank organisierten Kapitalisten und den privaten Aktionären, anderseits dem Bundesrat und der Bundesversammlung. Die Kapitalisten, denen die Freigeldler auf so pfiffige Art zuleibe gehen wollen, werden für die absolute Währung nicht zu haben sein. Also müssen Bundesrat und Bundesversammlung erobert werden.

Bei dieser Problemstellung zeigt sich schon, wie wenig die Freigeldlehre mit dem Sozialismus zu tun hat, ja wie sie mit der Grundlehre des Sozialismus in direktem Widerspruch steht.

Die Freigeldler anerkennen den vom wissenschaftlichen Sozialismus formulierten Begriff der kapitalistischen Ausbeutung nicht. Sie haben zwar aus der Terminologie des wissenschaftlichen Sozialismus eine Reihe von Ausdrücken übernommen, geben aber diesen entlehnten Begriffen einen anderen Inhalt. Sie fordern zwar die Verstaatlichung von Grund und Boden, aber sie fordern nicht die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, des Privateigentums an Fabriken, Arbeitsmaschinen, Rohstoffen usw. Daher die Erscheinung, daß sich der Freigeldler ebensogut an den Arbeiter wie an den Unternehmer, an den Bauern wie an den Kaufmann, an den Sozialdemokraten wie an den Bürgerlichen wendet. Er anerkennt weder den Klassengegensatz noch den Klassenkampf in sozialistischem Sinne. Das Lohnproblem hat für ihn eine andere Bedeutung als für den Sozialdemokraten. Wenn darum die Freigeldleute die Währungsfrage als das auffassen, was sie nach den Ausführungen ihrer Theoretiker logischerweise ist, als eine politische Machtfrage, so können sie sich nicht auf die proletarische Klassenpartei der Sozialdemokratie stützen.

Sie müssen, um von der Theorie zur Praxis überzugehen, zu den politischen Machtfragen selbständig, also unabhängig von unserer Partei Stellung nehmen.

Wie weit die Vorbereitungen in dieser Richtung schon gediehen sind, dafür ein Zitat. In der Nummer 3 ihres Organs „Das Freigeld" vom 11. Februar 1922 wird bewegliche Klage darüber geführt, daß die Freigeldler weder bei den Wissenschaftlern noch beim Bundesrat, weder bei den eidgenössischen Räten noch bei den „Parteibonzen" geneigtes Gehör gefunden hätten.

„So standen wir plötzlich vor der Wahl: Parteiwirtschaft oder Volkswirtschaft? Und als wir uns selbstverständlich für die Volkswirtschaft entschieden, verstand man uns in den Parteien erst recht nicht mehr.

So wenig wir aber die Arbeit in den Behörden aufgaben, als man uns nicht entgegenkam, so wenig gaben wir die Arbeit in den Parteien auf. Wir bleiben in ihnen, um dort alle für die Sache der Arbeitenden zu gewinnen, die überhaupt gewonnen werden können. Aber dabei konnten wir nicht stehen bleiben. Die Stimmen mehrten sich, die energisch verlangten, daß der S. F. F. B. (Schweiz. Freiland-Freigeldbund) selber Vertreter in die Bundesbehörden abordne, wenn weder Behörden noch Parteien für unsere Forderungen eintreten wollten. Es wurde geltend gemacht, die Gefahr, eine Partei zu werden, bestehe bei uns nicht, weil wir keine Stellen, keine Sessel wollten, sondern eine volkswirtschaftliche Forderung verwirklichen möchten, die nicht zu einer Vermehrung, sondern zu einer Verminderung der Staatsbureaukratie führen werde.

So hat nun der Bundesvorstand beschlossen, der Delegiertenversammlung zu beantragen, Vertreter unserer volkswirtschaftlichen Forderungen in den Nationalrat vorzuschlagen."

Nach dieser Hervorhebung darf ich mir weitere Zitate aus der Freigeldliteratur über das Verhältnis zu den politischen Parteien wohl ersparen. Jedenfalls wird sich die Partei über kurz oder lang vor die praktische Frage gestellt sehen: Steht die Tätigkeit in der Freigeldbewegung noch in Uebereinstimmung mit dem Bekenntnis zum sozialdemokratischen Parteiprogramm?

IV.

Nachdem die Freigeldler aus ihrer Theorie selber die praktischen Schlüsse ziehen und zu den Nationalratswahlen selbständig Stellung nehmen wollen, könnte man sie mit ihrer Lehre ruhig stehen lassen. Sie haben indes die Parteiöffentlichkeit so

lärmend beschäftigt, daß ihnen gegenüber auch die theoretische Abgrenzung geboten ist.

Die Beurteilung einer Theorie hat von einer Hauptfrage auszugehen. Sind die Voraussetzungen, auf denen die Lehre beruht, richtig, ja oder nein? Man kann eine gedanklich streng logisch gehaltene Lehre aufbauen, ist aber ihre Voraussetzung falsch, so hilft die schönste Logik nicht. Das Lehrgebäude bricht dann wie ein Kartenhaus zusammen, weil seine Basis falsch ist.

Dieser Erfahrungsrat gilt auch für die Freigeldtheorie. Nicht darauf kommt es an, ob Einzelheiten dieser Lehre richtig seien oder nicht; entscheidend ist die Grundlage, auf der die Lehre beruht.

Ist als Zentralpunkt der Freigeldlehre die „absolute Währung" aufzufassen, so als Ausgangspunkt die „Konjunkturen". Die steigende Konjunktur ist für den Arbeiter günstiger als die fallende. „Noch günstiger wäre allerdings eine vollständige Ausschaltung der Konjunkturen." Sie soll, wie wir sahen, erreicht werden durch die „absolute Währung", ... indem man stets soviel Geld umlaufen läßt, daß der Durchschnittspreis der Lebensmittel weder steigt noch fällt.

Man könnte die Frage aufwerfen, ob im Rahmen der auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaft ein Verfahren denkbar ist, das den von den Freigeldlern vorgeschlagenen Anpassungsprozeß des Geldumlaufes an den Durchschnittspreis der Lebensmittel und die Ermittlung dieses Durchschnittspreises im Hinblick auf die von Ort zu Ort, von Region zu Region, von Land zu Land schwankenden Lebenskosten erlaubt. Es mag dies als eine mehr technische und organisatorische Frage angesehen werden. In Wahrheit handelt es sich auch hier um eine Verwechslung von Ursache und Wirkung.

Die Freigeldtheorie nennt als Ursache der Konjunkturen die Goldwährung. Je größer die Goldvorräte der Banken, um so größer der Papiergeldumlauf. Je größer der Papiergeldumlauf, um so höher die Warenpreise. Nachher, infolge von „Mißtrauen oder Schrecken", Rückzug von Goldbeträgen bei der Bank, Thesaurierung von Metallgeld, dadurch Verschärfung der Krise, Verminderung des Geldumlaufs und Fallen der Preise. Nun ist aber der Umlauf des Geldes die Folge des Kreislaufs der Waren, nicht dessen Ursache. Je mehr Produkte zu Waren werden, je weniger man zum Selbstgebrauch Güter erzeugt, um so notwendiger, auf der Stufe der einfachen Warenproduktion, der Besitz von Geld. Um die Warenproduktion aufrecht erhalten zu können, muß man einen Geldvorrat haben, weil der Verkauf der zu produzierenden Waren

Zeit braucht und vom Zufall abhängt. Aber auch zum Ausgleich der Stockungen in der Zirkulation ist der Geldvorrat erforderlich. Mit der Entwicklung der Warenproduktion ändert sich dann die Funktion des Geldes. Es bleibt nicht nur Zirkulationsmittel; es wird zum Zahlungsmittel.

Ist also der Umlauf des Geldes die Folge, nicht die Ursache des Kreislaufs der Ware, so vermag der Hinweis auf die Goldwährung auch nicht die Konjunkturen zu erklären.

Steigende Konjunktur bedeutet vermehrte Nachfrage nach Waren und in der Folge das Anziehen der Preise. Die Preise steigen aber nicht ins Ungemessene. Die Lohnsteigerungen bleiben hinter den Preissteigerungen zurück, die Kaufkraft vermag der Teuerung nicht zu folgen. So entsteht ein Mißverhältnis. Die Nachfrage läßt nach. Das Waren angebot wird relativ größer. Um ihre Waren loszubringen, müssen die Verkäufer die Warenpreise herabsetzen. Sie werden dazu gezwungen durch die gegenseitige Konkurrenz. Zufolge des Preisfalles steigt allmählich die Nachfrage, das Angebot wird schwächer, die Produktion angeregt, es setzt die steigende Konjunktur wieder ein. So geht es weiter in fortwährendem Wechselspiel, wie Dr. Christen es darstellt, wobei das Tempo bald rascher, bald langsamer ist.

Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage erklärt also die Preisschwankungen. Das aber genügt uns nicht Wir möchten wissen, wodurch die untere und obere Grenze der Preisschwankungen ihre Erklärung findet und ob die Behauptung der Freigeldleute richtig ist, daß die Erklärung in der Goldwährung zu finden sei.

Sehen wir zu. Ein Zahlenbeispiel mag die Sache verdeutlichen. Die Uhr einer bestimmten Gattung kostet Fr. 100. Das Angebot ist größer als gewöhnlich, der Uhrenhändler hat Mühe, sein Lager zu räumen· Um die Ware loszubringen, setzt er den Preis herunter. Vielleicht auf 80, 70 oder 50 Franken Umgekehrt, wenn die Nachfrage stark steigt, werden die Händler ihren Vorteil wahrnehmen und für eine Uhr vielleicht 120, 130 oder gar 200 Franken verlangen. Was erklärt uns hier das Gesetz von Angebot und Nachfrage? Es sagt uns, warum der Uhrenpreis zwischen 50 und 200 Franken schwankt; es erklärt uns aber nicht, warum die Uhr nicht unter Fr. 50 und nicht über Fr 200 verkauft wird und warum sich der gewöhnliche Preis auf Fr. 100 stellt. Angebot und Nachfrage erklären also nicht, was wir wissen wollen: die obere und untere Grenze der Preisschwankungen.

Nun wissen wir, daß die Nachfrage aufhört, wenn der Warenpreis über eine bestimmte höchste Grenze hinausschnellt. Warum? Weil bei einem noch höheren Preis

der Käufer keinen entsprechenden Gegenwert mehr erhält. Genau das gleiche im umgekehrten Fall, wenn der Preis unter eine bestimmte Grenze sinkt. An einer bestimmten Grenze hört das Angebot auf. Warum? Weil der Verkäufer nichts mehr „verdient", das heißt, weil er für seine zum Verkauf bereitgehaltene Ware keinen entsprechenden Gegenwert mehr bekommt.

Aus dieser Betrachtung ergibt sich, daß die Maximal- und Minimalgrenzen der Preise bestimmt werden durch etwas, das außerhalb von Angebot und Nachfrage liegt. Ich habe den Bestimmungsfaktor schon angedeutet: den Wert der Ware.

Wert und Preis sind nicht identisch. Der Wert ist das allen Waren Gemeinsame. Waren haben nur eine gemeinsame Eigentümlichkeit: daß sie Produkte menschlicher Arbeit sind. Ist aber der Wert etwas allen Gemeinsames und ist, wie hier nicht erst nachgewiesen werden muß, weil das in jeder Kinderfibel des Marxismus zu lesen steht, das Gemeinsame in allen Waren die in ihnen verkörperte menschliche Arbeit, so ist der Wert nichts anderes als menschliche Arbeit.

Dieser Erkenntnis widerspricht auch nicht, was man von Freigeldlern da und dort etwa hört: Grund und Boden habe doch auch Wert, trotzdem in ihm gar keine menschliche Arbeit stecke. Das wäre dann richtig, wenn das Marxsche Wertgesetz zunächst mehr behaupten würde, als daß jeder Wert von Arbeit herrühre. Wo und wann diese Arbeit geleistet wird, ist eine Sache für sich. Die kapitalistische Wirtschaft bedient sich mancherlei Mittel und Wege, um Wert von einem Ort und von einer Person auf einen andern Ort und auf eine andere Person zu übertragen. Grund und Boden ist nur ein Mittel für seinen Besitzer, um andern Leuten Wert aus der Tasche zu holen, und zwar wiederum Wert, der durch Arbeit erzeugt wurde.

Doch weiter. Ist Wert menschliche Arbeit, so hängt das Maß der für eine Ware aufgewendeten menschlichen Arbeit vom Stand der Technik ab. Je höher die Entwicklung der Technik, je mehr die Maschine an Stelle der menschlichen Arbeit tritt, um so geringer unter sonst gleich bleibenden Verhältnissen der Wert der Ware. Aber diese Entwicklung hat noch eine andere Seite, die von den Freigeldlern ebenso vernachlässigt wird, wie sie Ursache und Wirkung beim Geldumlauf verwechseln. Die Erhöhung der Produktivität durch die Entwicklung der Technik bedeutet nicht nur geringeren Aufwand an menschlicher Arbeit auf eine gegebene Wareneinheit. Es bedeutet diese Entwicklung im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft die chronische Arbeits-

losigkeit, ihr unaufhörliches Wachstum. Und wenn der Freigeldler, wie wir sahen, von einer mächtigen Anregung der Produktion durch die „absolute Währung" und entsprechender Vermehrung der Menge von Arbeitsprodukten redet, wenn er besonders hinweist auf die gewaltige Vermehrung von „Spargütern", das heißt von Arbeitsgeräten, Maschinen usw, und wenn er sich diese Vermehrung denkt unter Aufrechterhaltung des Konkurrenzverhältnisses, ohne Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, so erwächst hier riesengroß das Problem der industriellen Reservearmee.

Während der Sozialismus von den Grundtatsachen des gesellschaftlichen Seins ausgeht und an der gewonnenen Erkenntnis die Notwendigkeit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel nachweist, glaubt die Freigeldtheorie, das gesellschaftliche Problem mit einem willkürlichen technischen Eingriff in die Währungsverhältnisse lösen zu können. Dieser Schluß ist nur möglich, weil die Propheten der Freigeldtheorie den Geldumlauf als Ursache der Preisbewegung nehmen, während er die Folge der Warenzirkulation ist. Von dieser Verwechslung ausgehend, ist es ganz in Ordnung, daß sie die Gesetze der Warenzirkulation und der Warenproduktion ignorieren und, auf der falschen Grundlage aufbauend, zu einer in sich logisch gegliederten Theorie kommen, die jedoch in sich zusammenbricht, sobald man sie mit den ökonomischen Tatsachen in Zusammenhang bringt und sie in das gesellschaftliche Leben hineinstellt.

Wichtig ist zu wissen, daß die Freigeldtheorie nicht minder eine Utopie ist als etwa der Sozialismus eines Fourier, nur daß der große Franzose ein Jahrhundert früher lebte und um einiges geistreicher war als Silvio Gesell und seine Adepten.

Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer.

Von M. Silberroth, Davos.

Im 5. Heft dieser Revue haben wir uns vorbehalten, die ausgezeichnete Arbeit der Genossin Tony Sender über die Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer u. a. durch eine Besprechung der im Auftrage des zürcherischen Regierungsrates erstatteten Gutachten von Nationalrat C. Sulzer-Schmid, Winterthur, Professor Dr. E. Großmann, Zürich, und Genossen A. Huggler, Bern, zu ergänzen. Das soll nun geschehen.

Am 13. November 1918 hat der zürcherische Kantonsrat den Regierungsrat eingeladen, ihm beförderlich über ein formal-